

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelte seid Ihr Nichts-  
Vereinigt Alles!**

**Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes**

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 6 M., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1074

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 M., Arbeitsmarkt 1 M., Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

## Die Textilunternehmer provozieren den Kampf!

Die deutschen Textilindustriellen drängen umgestimmt nach Verlängerung der Arbeitszeit. Tausende Maschinen stehen noch still; Tausende Arbeiter sind ohne Beschäftigung. Trotz alledem fordert das Unternehmertum die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit. Das Profitinteresse steht höher als das Interesse der Gesamtheit. Mühselos sind den Unternehmern im Laufe der letzten sechs Jahre Riesengewinne in den Schoß gefallen. Die mühselose Profitmacherei soll fortgesetzt werden. Deshalb der Kampf gegen die Ausfuhrabgabe, für die Verlängerung der Arbeitszeit. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie verwendet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, welches wir kommentarlos folgen lassen: Rundschreiben Nr. Berlin, den 15. Juni 1920. Tageb. Nr. 1479 Potsdamer Str. 113.

An die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie.  
Betrifft Kündigung des Abkommens vom 22. 1. 1919 betreffend die 48stündige Arbeitszeit.  
Die Frage der Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie war auf der Eisenacher Tagung unseres Verbandes Gegenstand einer eingehenden Beratung. Dabei wurde übereinstimmend der Meinung Ausdruck gegeben, daß es im Interesse der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie notwendig ist, in absehbarer Zeit wieder zur 48stündigen Arbeitszeit überzugehen. Allerdings hielten einige Herren die gegenwärtige Zeit, in der eine große Zahl von Betrieben wegen der rück-

hängigen Konjunktur nicht einmal genügend Arbeit für die 48 Stunden habe, nicht für geeignet, die Forderung der 48stündigen Arbeitswoche durchzusetzen. Dem wurde entgegengehalten, daß die Arbeitnehmer der Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche voraussichtlich keinesfalls freiwillig zustimmen würden. Es würde daher notwendig werden, das Abkommen vom 22. 1. 1919 mit der vorgesehenen dreimonatigen Frist zu kündigen, so daß erst im Herbst d. J. praktisch an die Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche herangetreten werden könnte. Wie sich die Konjunkturverhältnisse bis dahin gestalten werden, könne jetzt noch nicht beurteilt werden. Daß es bei dem Steigen des Marktpreises nur durch eine Verbilligung der Produktionskosten möglich sein werde, auch weiterhin mit dem Auslande zu konkurrieren und neue Aufträge aus dem Auslande hereinzubekommen. Durch Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden könne bei gleichbleibendem Gesamteinkommen des Arbeiters bereits eine Herabsetzung des Stundenlohnes um 10 bis 20 Pfg. erfolgen. Nach eingehender Beratung des Für und Wider sprach sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden in der Mitgliederversammlung für eine Kündigung des Abkommens vom 22. 1. 1919 aus, falls die Arbeitnehmer sich bei Behandlung der Frage in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses auf einen vollkommen ablehnenden Standpunkt stellen würden. Dieser Fall ist nunmehr eingetreten. In der Sitzung des Sozialausschusses am 12. ds. Mts. haben sich die Arbeitnehmervertreter der drei Gewerkschaftsrichtungen damit begnügt, zu unserem Antrag auf Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitswoche ablehnende programmatische Er-

klärungen abzugeben, eine sachliche Aussprache über die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit aber abgelehnt. Die Arbeitgeber haben ihr Bedauern über dieses Vorgehen ausgesprochen und sich weitere Schritte vorbehalten. Wir beabsichtigen nunmehr in Verfolg des Beschlusses der Mitgliederversammlung, das Arbeitszeitabkommen vom 22. 1. 1919 am 1. 7. zum 1. 10. 1920 zu kündigen. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit halten wir es jedoch für notwendig, unsern Mitgliedern vorher nochmals Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Soweit wir durch Rücksprache mit den Vertretern des Süddeutschen Textilarbeiter-Verbandes feststellen konnten, ist man auch dort für die Kündigung des Abkommens, so daß die Kündigung gemeinsam durch die beiden feinerzeitigen Vertragskontrahenten auf Arbeitgeberseite erfolgen würde. Mit einem Streik der Arbeitnehmer aus Anlaß der Kündigung braucht u. a. im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gerechnet zu werden. Dagegen ist anzunehmen, daß die Arbeitnehmerorganisation in den einzelnen Bezirken der Durchführung der Verlängerung der Arbeitszeit erbitterten Widerstand entgegenzusetzen werden. Ein Druck von seiten unseres Verbandes, in allen Bezirken die Wiedereinführung der 48-Stundenwoche zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erzwingen, soll nach Ansicht der Mitgliederversammlung nicht ausgeübt werden. Es soll vielmehr den einzelnen Bezirken überlassen bleiben, zu einem ihnen günstigen Zeitpunkt nach Ablauf der Kündigungsfrist die Verlängerung der Arbeitszeit durchzusetzen.  
Arbeitgeber-Verband der Textilindustrie.  
Der Geschäftsführer: S. B.: Dr. Klau.

**Inhalt:** Die Textilunternehmer provozieren den Kampf! — Um unsere Ferien. — Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte (II). — Gewerkschaften, vor die Front! — Kinderzulage (I). — Zum Steuerabzug. — Verichtigung. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Schlichtungsausschüssen. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Quittung. — Bekanntmachungen.

### Um unsere Ferien.

Jeder Mensch bedarf, um sich seine geistige und körperliche Spannkraft zu erhalten, von Zeit zu Zeit einer Erholung. Die wöchentliche Ruhezeit von einem Tag ist entstanden aus dem Bedürfnis, diese Erholung den arbeitenden Menschen zu gewähren. Je eintöniger, geisttötender, intensiver und nervenzersetzender die Arbeit wird, um so mehr ist eine Zeit der Entspannung notwendig. Es genügt auch nicht, dem Körper und dem Geist nur eine wöchentliche Ruhezeit von einem Tag zu gönnen, sondern es muß auch in längerem Zeitraum eine zusammenhängende, längere Ruhepause eintreten, um das Ziel der Kräftigung und Erholung für den Körper, Geist und Nerven zu erreichen. Für die besitzende Klasse, auch sogar für den Nichtarbeitenden, ist das bisher eine Selbstverständlichkeit gewesen. Für die geistig arbeitenden Menschen wurde es bisher gleichfalls für selbstverständlich gehalten, daß sie im Laufe eines Jahres kurze oder längere Zeit aus der Treitmühle des Lebens herausgehen und sich der Erholung widmen durften. Es wird nicht viele Angestellte und Beamte geben, die nicht wenigstens jährlich einmal Urlaub oder Ferien von verschiedener Dauer haben. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Ferien in der schönen Jahreszeit, also im Laufe des Sommers genommen werden, um unabhängig von Witterungsunbilden diese Zeit zur Erholung benutzen zu können. Was man diesen aber ohne Bedenken und als ganz selbstverständlich gewährte, hat man bisher der allgemeinen Arbeiterschaft in Deutschland verweigert; wenn auch schon in der Zeit vor dem Kriege es in vielen Betrieben üblich geworden war, entweder allen oder wenigstens denjenigen Arbeitern, die längere Zeit in demselben Betriebe beschäftigt waren, eine gewisse Urlaubsdauer zuzubilligen. Doch war dieses immer nur ein verschwindend kleiner Teil von Arbeitern, die entweder durch gute Organisation sich diese Errungenschaft sicherten, oder bei solchen Arbeitern, die in der Lage waren, bei einem modernen denkenden, sozial etwas vorgeschrittenen Arbeitgeber zu arbeiten. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft war von dem Genuß der Ferien ausgeschlossen. Dies änderte sich im Verfolg der Revolution. Auch unsere Textilarbeiterchaft hat, als sie aus Anlaß der Veränderung der Machtverhältnisse versuchte, ihre Löhne in Einklang zu bringen mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten, gleichzeitig sich den Genuß eines jährlichen

Urlaubs zu erobern gemußt. Gleich in den ersten Verhandlungen, die zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in der Textilindustrie, und zwar vermittelt der geschäftlichen Arbeitsgemeinschaft, über die Löhne und Arbeitsbedingungen gepflogen wurden, spielte die Ferienfrage eine große Rolle. Das Verlangen der Arbeiter nach einem jährlichen Urlaub war allgemein und stürmisch. Die Arbeiterschaft war von der Ansicht durchdrungen, daß vor allen Dingen ihr nach jahrelanger Fronde in staubgeschwängerten Räumen und bei intensiver Arbeitsleistung ein Urlaub notwendig und dienlicher sei als ihren Arbeitgebern, die trotz weitaus günstigerer Arbeitsbedingungen, wenn sie überhaupt arbeiteten, einen Erholungsurlaub für selbstverständlich hielten. Diesem allgemeinen Ansturm konnte das Unternehmertum nicht widerstehen. Es mußte sich bequemen, in die Gewährung von Ferien einzustimmen. Freilich waren die Verhandlungen über diese Materie nicht sehr einfach und führten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten. Immerhin gelang es, eine Regelung insofern zu treffen, daß für die gesamte Textilarbeiterchaft für das Jahr 1919 eine Ferienzeit von 4 Tagen ganz allgemein beschlossen und wohl auch durchgeführt wurde. Die zentrale Kommission der Arbeitsgemeinschaft, die diesen Beschluß faßte, traf auch gleichzeitig Vereinbarungen über die Regelung der Ferien im Jahre 1920. Nach dieser Regelung sollten die Ferien in diesem Jahr nach der Dauer der im Betriebe zurückgelegten Arbeitszeit gestaffelt werden, und zwar sollten nach 1jähriger Beschäftigungsdauer 3 Arbeitstage, nach 3jähriger Beschäftigungsdauer 5 Arbeitstage und nach 5jähriger Beschäftigungsdauer 6 Arbeitstage Ferien gewährt werden. Gegen dieses Abkommen, dem die Arbeitnehmervertreter nur unter dem Zwange der Not und auf Grund der erhobenen Klagen der Unternehmer, daß sie, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, nicht weiter gehen könnten, zustimmten, erhob sich innerhalb der Arbeiterschaft Opposition, weil diese Ferien so minimal seien, daß sie ihren Zweck absolut nicht erfüllten. Die weiteren Bestrebungen einzelner Unternehmer, auch diese geringe Ferienzeit noch rückgängig zu machen, steigerte den Unmut der Arbeiterschaft. Es soll hier nicht eingegangen werden auf die Praktiken, die mehrfach angewendet wurden, um die Arbeiter um diese Ferien zu bringen. Nachdem jedoch nach und nach durch die Abschlüsse der Unternehmer für das Jahr 1919 bekannt wurde, welche ungeheuren Gewinne eingehemst worden waren, und klar zutage lag, daß der Einwand der Konkurrenzunfähigkeit absolut nicht stichhaltig sei, wurden die erhobenen Forderungen der Arbeiterschaft nach gerechter, ausreichender Regelung der Ferienfrage immer ungestümer und stürmischer. Unsere Organisationsleitung stellte daraufhin an die Arbeitgeber die Forderung, die Ferienfrage noch in diesem Jahre einer Neuregelung zu unterziehen. Dieses Verlangen war um so begründeter, als nach dem getroffenen Abkommen eine große Zahl von Arbeitern, die im vorigen Jahr in den Genuß von

Ferien kamen, für dieses Jahr davon ausgeschlossen worden wären, weil jetzt die Vorschrift bestand, daß man mindestens 1 Jahr im Betriebe beschäftigt sein müsse; im Gegensatz zum Jahre 1919, in dem ganz allgemein 4 Tage Ferien gewährt wurden. Außerdem wurde als besonders hart empfunden, daß dies nicht bloß Arbeiter betraf, die freiwillig den Betrieb gewechselt hatten, sondern vielfach solche, die auf Grund eingetretener Betriebsbeschränkungen, Betriebsstillegung oder auf Grund der Verordnung der Demobilisierungskommission den Betrieb hatten wechseln müssen. Als unhaltbar mußte ferner der Zustand erscheinen, daß sehr viel Arbeiter, die im vorigen Jahr 4 Tage Ferien gehabt hatten, in diesem Jahr nur 3 Tage bekamen. Die Forderungen der Arbeiter gingen in der Hauptsache dahin, allen Arbeitern einen Mindesturlaub von 6 Tagen zu gewähren. Die Urlaubsdauer sollte nach 8jähriger Tätigkeit auf 14 Tage und nach 10- und mehrjähriger Tätigkeit bis auf 18 Tage ausgedehnt werden. Ueber diese Fragen wurde in einer am 12. Juni cr. stattgefundenen Sitzung des Sozialausschusses der Arbeitsgemeinschaft verhandelt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen war eine glatte Ablehnung der Forderung durch die Arbeitgeber. Diese beriefen sich formell darauf, daß die Forderung zu spät erhoben worden sei und sie keine Möglichkeit gehabt hätten, in genügender Weise mit ihren Mandatgebern die Sache vorher zu besprechen. Jedoch selbst angenommen, der Einwand sei formell berechtigt, kann den Arbeitgebern der Vorwurf nicht erpart werden, daß ihre Haltung der Arbeiterschaft gegenüber eine engherzige, kleinliche und rückständige ist. Daß der Einwand, „nicht die Möglichkeit der Verständigung gehabt zu haben“, nicht sehr ausschlaggebend ist, ging daraus hervor, daß die Arbeitgeber erklärten, für dieses Jahr sei die Ferienfrage für sie geregelt und sie lehnen eine Neuregelung für dieses Jahr unbedingt ab. Sie seien nur bereit, in eine Beratung der Neuregelung für nächstes Jahr einzutreten, ohne daß an sie Erwartungen irgendwelcher Art geknüpft werden dürften, was besonders betont werden müsse. Um der Arbeiterschaft ein Urteil über die Haltung der Arbeitgeber zu ermöglichen, seien hier die beiderseitigen Erklärungen wörtlich wiedergegeben. Nachdem die Arbeitnehmervertreter unzweideutig zum Ausdruck gebracht hatten, daß sie sich mit dem glatt ablehnenden Beschluß der Arbeitgeber nicht zufrieden geben würden, berieten die Arbeitgeber aufs neue und machten folgendes von ihnen als Zugeständnis bezeichnetes Angebot:  
„Bei allen denjenigen Arbeitern, die im vorigen Jahre Urlaub erhielten, in diesem Jahre aber nach dem Abkommen vom 12. August 1919 keinen Anspruch auf Urlaub hätten, gilt auch für dieses Jahr die einjährige Beschäftigungsdauer als gegeben, sofern sie am 12. Juni 1920 noch in demselben Betriebe tätig sind, in dem sie zur Zeit ihres vorigen Urlaubs beschäftigt waren. Wo bereits Urlaub genommen oder eine betriebliche Regelung auf einer anderen Grundlage als der des Beschlusses der zentralen Kommission vom 12. August 1919 eingefordert

ist, hat es dabei sein Bewenden. Arbeitern, die infolge Betriebsbeschränkungen entlassen werden und Anspruch auf Urlaub haben, ist dieser noch vor der Entlassung zu gewähren.

Die Vergütung für die Urlaubstage ist auf Grundlage der tarifmäßigen regelmäßigen Arbeitszeit und des bei Urlaubsantritt geltenden Tariffs zu berechnen. Arbeiter, die im Afford beschäftigt werden, erhalten den tarifmäßigen Affordlohn.

Sterauf gaben die Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitnehmer sind von der Erklärung der Arbeitgeber nicht befriedigt, tragen aber, den gegebenen Verhältnissen Rechnung in der Erwartung, daß ihren Anträgen nach Prüfung durch die Arbeitgeber in einer der nächsten Sitzungen für das Jahr 1921 stattgegeben wird.

Weiter erwarten die Arbeitnehmer, daß die Urlaubsfrage für solche Arbeiter, die infolge von Arbeitslosigkeit gezwungen waren, in anderen Betrieben Beschäftigung anzunehmen, in loyaler und entgegenkommender Weise geregelt wird.

Dort, wo der Urlaub schon vorgenommen wurde, und die Berechnung nicht nach der jetzigen Erklärung der Arbeitgeber erfolgt ist, soll die Differenz den Arbeitern nachgezahlt werden.

Bestehende oder etwa noch zustande kommende, für die Arbeitnehmer günstigere Vereinbarungen über Dauer und Bezahlung des Urlaubs werden durch die heutigen Abmachungen nicht berührt.

Daraufhin erklärten die Arbeitgeber, daß sie einer grundsätzlichen Abänderung der Beschlüsse vom 12. August 1919 nicht zustimmen könnten und verlangen kategorisch, daß der Absatz 2 und der Absatz 4 der Arbeitnehmerklärung zurückgezogen werden solle. Vor allen Dingen wandten sie sich dagegen, daß durch einzelne Abmachungen die Ferien über den Rahmen des Beschlusses vom 12. August 1919 hinaus erweitert werden können. Die Arbeitnehmer konnten selbstverständlich diesen Forderungen nicht zustimmen, worauf die Arbeitgeber auch ihre Erklärungen zurückzogen.

Das Ergebnis der sechsstündigen Beratung war also gleich null.

Selbst vom Arbeitgeberstandpunkt aus wird man behaupten dürfen, daß die Arbeitgebervertreter bei Abgabe ihrer Beschlüsse schlecht beraten waren. So kategorisch, ja fast brüsk, hätte die Ablehnung der sicher berechtigten Forderung der Arbeiterschaft nicht statzufinden brauchen.

Vom Klassenkampf-Standpunkt aus allerdings kann man die Haltung der Arbeitgeber eigentlich nur begrüßen. Sie schafft klare Bahn, sie zeigt der Arbeiterschaft, daß der Arbeitgeber als unbedingter Alleinherrscher sich in seinem Betriebe fühlt, trotz Revolution, trotz Betriebsrätegesetz, trotz Arbeitsgemeinschaft. Das Unternehmertum denkt nicht daran, der Arbeiterschaft andere Zugeständnisse zu machen, als sie durch Einsehen der Macht der Arbeiter notwendig bedingt werden. Das Unternehmertum denkt auch nicht daran, sich von anderen Gesichtspunkten der Arbeiterschaft gegenüber leiten zu lassen, als dem des Profits. Von dem Bewußtsein der momentanen Machtvolle den Arbeitern gegenüber durchdrungen, die durch eine künstlich herbeigeführte Geschäftsflucht geschaffen ist, wagen sie es, der Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hinzuworfen, denn anders kann es nicht aufgefaßt werden. Die Ablehnung dieser Forderung der Arbeiterschaft, vor allen Dingen der Versuch der unbedingten Verhinderung jeder Möglichkeit, im Einzelfalle in der Urlaubsfrage über die Beschlüsse vom 12. August 1919 hinauszuweichen, muß und wird aufpeitschend auf die Arbeiterschaft wirken. Den Arbeitern wird somit auch durch die Unternehmung die Erkenntnis eingeschlämmt, daß sie immer nur das erreichen werden, was sie durch Einsehen und Ausnutzen ihrer gesamten wirtschaftlichen Macht erreichen können. Dabei können sich die Arbeitgeber nicht einmal darauf stützen, daß sie wirtschaftlich nicht in der Lage seien, die Forderung der Arbeiter zu bewilligen. Nach ihren eigenen Angaben liegen dringende Aufträge ohnedies nicht vor, ja man schließt Betriebe, schränkt die Arbeitszeit ein, entläßt Arbeiter resp. läßt sie aussetzen ohne zwingende Gründe, aber freilich, dafür erhalten die Arbeiter keinerlei Entschädigung, man überläßt sie in diesen Fällen ihrem Schicksal resp. der öffentlichen Erwerbslosenfürsorge. Daß die Industrie (bes: das Unternehmertum) finanziell nicht in der Lage sei, eine angemessene Anzahl Ferientage zu bezahlen, hat man nicht einmal zu behaupten gewagt, hätte auch ohne weiteres an Hand der vorliegenden Wirtschaftslage sofort ad absurdum geführt werden können.

Ins rechte Licht gesetzt wurde das Verhalten der Arbeitgeber noch durch einen anderen Vorgang.

Nachdem man die Wünsche der Arbeiter bezüglich der Ferien abgelehnt hatte, fand zur Verhandlung ein Antrag der Arbeitgeber auf Wiedereinführung der 48stündigen Arbeitszeit. Wirklich bezeichnend für die ganze Situation.

Wann durch diese Vorgänge das ganze Gefüge der Arbeitsgemeinschaft nicht gesestigt, sondern in seinen Grundfesten erschüttert wird, so dürfen sich die Arbeitgeber nicht wundern. Oder sollte dieses vielleicht der Zweck der Uebung sein?

Ab e L

Die Gewerkschaftsbewegung, das Fundament der proletarischen Organisation, und die Betriebsräte.

Don B. Sager.

II.

Es wird immer klarer, daß die freien Gewerkschaften das Sammelbecken der proletarischen Kräfte sind. Der stets ununterbrochene Zustrom zu ihnen ist ein Beweis für das Vertrauen, welches die Gewerkschaften bei den arbeitenden Volksmassen genießen. Man kann sich zu der Haltung der Gewerkschaften als Ganzes stellen wie man will, und es sei auch zugegeben, daß ihre Haltung zu den Fragen der allerjüngsten Vergangenheit und zu den Problemen der Gegenwart in vielerlei Beziehung anfechtbar ist, es ist aber doch eine unbestreitbare Tatsache, daß trotz alledem die Machtposition der Gewerkschaften eine immer größere wird. Ihre Anziehungskraft besteht unermindert weiter und steigert sich stetig, und jeder Vergleich mit anderen Formationen fällt zugunsten der Gewerkschaften aus.

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften veranschaulicht deutlich folgende Tabelle:

Die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angegeschlossenen Verbände hatten im Jahresdurchschnitt zusammen Mitglieder im Jahre:

Table with 2 columns: Year (1891-1904) and Membership (277 659 to 1 052 108).

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. In den Jahren 1891 bis 1895 steht die Bewegung; der Masseninstinkt tastet suchend nach dem tauglichen Mittel der proletarischen Interessensförderung. Die speziellen Ursachen, wie Produktionskrisis, staatliche Unterdrückung, können bei unserer Betrachtung auscheiden.

Abgesehen von den Jahresziffern 1901 und 1909 setzt vom Jahre 1895 ab bis 1913 eine fortwährende starke Steigerung der Mitgliederzahlen ein. Im 1. Quartal 1914 ist eine Zunahme von zusammen 65 102 Mitgliedern zu verzeichnen, verursacht durch die um sich greifende Wirtschaftskrisis. Der Ausbruch des Krieges bewirkt ein weiteres Fallen der Zahlen, und nun sehen wir in den Ziffern der Jahre 1915 und 1916 die rückläufige Bewegung, die 1916 den tiefsten Stand erreicht. 1917 schnellte die Zahl um 139 700 Mitglieder in die Höhe; an dieser Zunahme nehmen allein die Weiblichen mit 81 892 gleich 58,6 Proz. teil. Im Jahre 1918 ist die Durchschnittsziffer auf 1 646 313 gestiegen. In Wirklichkeit haben die gesamten Gewerkschaften ihre Höchstzahlen von 1913 bereits überschritten. Die niedere Durchschnittsziffer von 1918 ist ein rein rechnerisches Ergebnis, erzielt durch Verwendung der Quartalsjahreszahlen.

Im Anschluß daran noch eine vergleichende Uebersicht von der Entwicklung der bedeutendsten Verbände, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind.

Table with 4 columns: Verband der, Mitgliederzahl am Schluß des 4. Quartals 1917, 4. Quartals 1918, im Februar 1920. Includes Metallarbeiter, Landarbeiter, Fabrikarbeiter, etc.

Nach der neuesten Zählung (siehe Text-Abb. Nr. 26/1920) mußte der Deutsche Textilarbeiterverband bereits 500 000 Mitglieder.

Der Vergleich zwischen dem 4. Quartal 1917 und Februar 1920 ergibt darnach eine Zunahme von mindestens 300 und höchstens 8000 Proz. und zeigt einen gewaltigen Aufschwung der freigewerkschaftlichen Bewegung.

Insgesamt vereinigte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Februar 1920 7 1/2 Millionen Mitglieder gegen 2 1/2 Millionen vor dem Kriege.

Der Aufschwung hält noch immer an, und die Februarzahlen dieses Jahres dürften schon jetzt um ein Beträchtliches überschritten sein.

Zum Beispiel meldete die „Holzarbeiter-Zeitung“ Nr. 17 vom 24. April 1920, daß der Holzarbeiterverband 400 000 Mitglieder, gegen Februar eine Zunahme von rund 30 000, erreicht habe.

Die freien Gewerkschaften sind somit in des Wortes wahren Sinne die Organisationsstätten der proletarischen Kräfte. Die planmäßige Schulung für den Klassenkampf der organisierten Massen ist die nächste und dringlichste Aufgabe; sie wird die Aktionsfähigkeit des Proletariats in unberechenbarer Weise erhöhen und damit in Verbindung den Gedanken von der Notwendigkeit der Vereinigung auf dem Boden des Klassenkampfes bis in den fernsten und dunkelsten Winkel tragen.

Die Schulung der Massen ist die Vorbedingung dafür, daß die Gewerkschaften zu Operationsstätten werden.

Aber schon heute herrscht bei all denen, die sich den klaren Blick für das Tatsächliche bewahrt haben, Uebereinstimmung über die alle anderen Einrichtungen überragende Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung. Schreibt doch selbst die Berliner „Freiheit“ vom 1. Mai 1920 in einem Artikel: „Die Partei und der Wahlkampf“ unter anderem: „Noch stärker als der Einfluß der Parteien beeinflusst die Haltung der Gewerkschaften die politischen Massen, eine Tatsache, die man anerkennen muß.“

Wie schon gesagt, müssen die Gewerkschaften die in ihnen aufgeschichteten proletarischen Kräfte durch Schulung steigern. Aber neben der qualitativen Kräftverdoppelung haben die Verbände in bezug auf ihre innere Organisation noch Aufgaben, die ihrer Wirksamkeit intensivere Konzentration, Energievermehrung und gesteigerte Erfolgsaussichten verbürgen.

Der rein zahlenmäßige Vergleich der Entwicklung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ergibt die Vorherrschaft der Gewerkschaftsbewegung im Klassenkampf. Unterherrscht man das natürliche Fundament dieser beiden Kampforganisationen, so tritt das Uebergewicht der Gewerkschaftsbewegung in mehrfacher Beziehung in die Erscheinung. Die innere Mächtigkeit des aus der „Freiheit“ zitierten Sagers: „Noch stärker als der Einfluß der Parteien beeinflusst die Haltung der Gewerkschaften die politischen Massen“, wird damit augenfällig.

Zahlen sind an sich tot, aber nicht für jeden, und im übrigen aber nur so lange, als sie zusammenhanglos von den Dingen, deren Vorhandensein sie verkünden, gesehen werden.

Werden die Zahlen hingegen in Beziehung zu den Dingen gebracht, dann erfüllt sie Leben. In diesem Falle sind sie Anzeiger von lebendiger Kraft, von dem Verhältnis, in welchem diese Kraft zu verstanden und gemessenen Kräften steht, be-

sonders sind sie Maßstab und Dispositionsunterlage und damit unentbehrlich für jedes Unternehmen größeren Umfanges. Die Veränderung der Zahlen ist außerdem ein Spiegelbild der Bewegungskendenzen.

Unter Berücksichtigung der Begleitumstände lassen zeitlich weitumfassende Zahlen in ihrer Bewegung ziemlich sichere Rückschlüsse auf die Ursachen dieser Bewegung zu.

Diese Erkenntnis auf unsere Untersuchung praktisch angewandt ergibt folgendes: Nachdem die vormalig zur Lösung der sozialen Frage als taugliches Mittel gebaltene Produktions- und Konsumtions-Gesellschaftsbewegung fallen gelassen wurde, verblieb als entscheidender Faktor die gewerkschaftliche und politische Organisationskombination.

Die führende Rolle im Klassenkampf war und ist der politischen Organisation zugewiesen, die gewerkschaftliche Bewegung war nur als Refruierungsgebiet gedacht. Politische Betätigung galt allgemein für qualifizierter und entscheidender als gewerkschaftliche Tätigkeit.

Durch Erkämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen sollte das Proletariat widerstandsfähiger und geeigneter für die entscheidenden politischen Aktionen gemacht werden. In der letzten Phase des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit geführt von der politischen Organisation, hätte demnach, obgleich das in erklärlicher Weise nirgends klar ausgesprochen wird, die Gewerkschaftsbewegung abzutreten gehabt.

Ihr Tätigkeitsgebiet umfaßt nach dieser Auffassung Gegenwartsaufgaben: den Kampf um das tägliche Brot der proletarischen Klasse, damit diese kampffähig blieb, die Anstrengung zur Hebung des Niveaus ihrer Lebenshaltung, damit sie kampffähiger werde. Auch die gymnastische Vorbereitung des Proletariats war ihr zugewiesen. Das übrige war dekoratives Beiwerk. Man sprach und schrieb wohl über Massenbildung und Schulung, ließ es aber im großen und ganzen dabei bewenden. Der ganze Apparat der gewerkschaftlichen Bewegung und alle seine Kräfte wurden von den Lohnbewegungen und ihrem Drum und Dran beansprucht und aufgesogen. So man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß es der Aufbau der Gewerkschaften auf beruflicher Grundlage ist, welcher ihnen den Charakter der Beschränkung zur ausschließlichen Forcierung der Lohnbewegung aufstempelte. Den großen Problemen der Gegenwart stehen die Gewerkschaften wegen dieser organischen Enge ihres Aufbaues demzufolge zunächst recht schwerfällig gegenüber.

Mit Lohnzulagen, ganz gleich in welcher Höhe, ist eben die soziale Frage unlösbar, und diese, nichts mehr und nichts weniger, steht heute und bleibt von nun an auf der Tagesordnung, als brennendes Mal einer durch und durch sieberfranken Gesellschaft.

Die Lohnzulagen sind heutigetags nicht einmal mehr die Milderungsmittel, die sie früher waren. Es geht ums Ganze. Da hilft kein Ausweichen und Hinziehen und Bescheidenheit. Die Kur heißt: sozialisieren. Wieviel Jahre sie beansprucht, ist nicht gewiß, gewiß ist nur das eine: daß sich die Gesellschaft der Kur unterziehen muß.

Der Arzt, der diese Kur anordnet, einleitet und durchführt, das sind die Gewerkschaften. Sie sind im Besitz des Vertrauens der arbeitenden Bevölkerung. Diese Lastade kann niemand bestreiten. Das Vertrauen resultiert aus ihrem Charakter und unmittelbarem Zweck der Erstilfe. Es ist ihre Stärke und die nur ihnen eigene Position in der Massenbewegung und dieses Massenvertrauen vermag sich keine andere Organisation, ganz gleich welcher Richtung und Art, auf die Dauer zu erwerben und zu erhalten.

Die gegenwärtige Gärung in der modernen Arbeiterbewegung, durch das Element der Betriebsräte, ist nicht, wie es vielfach zur Reputation der abgewirtschafteten persönlichen Popularität oder zur Verschleierung der Spekulation bisher unbekannter Leuchten oder verkannter Größen gern angenommen und interpretiert wird, ein Zerfallsprozess der Gewerkschaften, hervorgegangen aus deren Rückständigkeit und Unfähigkeit, sondern sie ist die in der akuten wirtschaftspolitischen Krise der Gegenwart wirkende Tendenz auf Umstellung bzw. Umformierung der Gewerkschaften mit dem unmittelbaren und inneren Ziel, sie zur Lösung der großen Zeitprobleme geeignet zu machen.

Die Berufsgewerkschaft hat ihre Eignung zur Lösung der Zeitprobleme eingebüßt. Die Entwicklung in Verkehr und Technik und andere Umstände haben in der Wirtschaft ungeahnte Umwälzungen hervorgerufen und dadurch der sozialen Frage Dimensionen gegeben, welchen die Berufsgewerkschaft nicht mehr gewachsen ist.

Dieser Mangel an Eignung liegt nicht im Wesen, sondern nur in der Form. Wenden wir diese Form, organisieren wir die in den Gewerkschaften aufgeschichtete Kraft zu Industrieverbänden und darüber hinaus diese zu einem einheitlichen festen Gebilde, dann wird sich die proletarische Kraftentfaltung in ungeachtetem Maße steigern. Massenaaktionen sind schon heute und werden noch viel mehr in Zukunft nur mit den Gewerkschaften möglich sein. Kein Mensch, der ernst genommen werden will, mag das zu bestreiten. Solange es wirtschaftliche und soziale Unterschiede in der Gesellschaft gibt, werden die Gewerkschaften das Sammelbecken und die Zuflucht notleidender, entrechteter Massen sein.

Gewerkschaften, vor die Front!

Das „Korrespondenzblatt“ hat in einer seiner zuletzt erschienenen Nummern in einem Artikel zum Ausdruck gebracht, daß die Nichtbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der Kabinettsbildung für die Arbeiterbewegung von Nachteil sei, indem eine rein bürgerliche Regierung die letzten Reste der Errungenschaften der Revolution beseitigen würde. Es trat deshalb für die Teilnahme an der Kabinettsbildung ein. Diese Auffassung dürfte aber nur von einem kleinen Teil der Gewerkschaftler vertreten werden, und zwar von demjenigen Teil, der für die Verhandlung und den Abbau der Revolution sich ganz besonders ins Zeug legte. Sie glauben nun, daß ihre Zeit endlich gekommen ist, um etwas für die Revolution zu tun. Wir möchten entgegen dem „Korrespondenzblatt“ zum Ausdruck bringen, daß das Ausscheiden der Sozialdemokratischen Partei aus der bürgerlichen Regierung im Interesse der Arbeiterbewegung nur zu begrüßen ist. Wenn die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei und vor allen Dingen der „Vorwärts“ sich dabei recht utomisch gebärden und ihrer Anhängerschaft auseinandersetzen, daß sie nur deshalb in eine bürgerliche Regierung nicht eintraten, weil die Unabhängigen an derselben nicht teilnehmen und dann letzten Endes die Unabhängige Partei für die sich ergebenden Konsequenzen verantwortlich machen wollen, so ist

dieser Theaterdonner nichts weiter als eine schlecht gedeckte Klügelverkleidung; man will von der bankrotten Politik loskommen, die die Niederlage am 6. Juni zur Folge hatte, ohne dies der Öffentlichkeit einzugestehen. Man braucht deshalb dem Gerede des „Vorwärts“ und anderer rechtssozialistischer Blätter, die auf die U. S. B. schimpfen, weil sie an einer bürgerlichen Regierung nicht teilnehmen, keinen Wert beizumessen.

Die Wahlen haben eine bürgerliche Mehrheit gebracht, die bisherige bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition hat die furchtbare Niederlage erlitten. Das reaktionäre Bürgerium hat einen Sieg über das Proletariat davongetragen. Mit diesem Faktum muß sich die Arbeiterklasse abfinden, ihre Kampfstellung dementsprechend einrichten.

Zu dem Sieg des Bürgertums hat vor allen Dingen die Angst vor der Sozialisierung beigetragen. Alle Kleinbürgerlichen Existenzen fühlen sich noch zu stark an den Besitz gebunden. Eine Welt ohne diesen Besitz ist für sie undenkbar. Obgleich der Besitz in Wirklichkeit nur ein Scheinbesitz ist und ihnen nichts mehr bietet als eine recht kümmerliche proletarische Existenz und oftmals Beengungen der verschiedensten Art zur Folge hat, bei denen Wohlstand zur Plage wird. Der leere Inhalt des Begriffs „Besitz“ ersetzt diesen Schichten noch alles. Daher auch in Kleinbürgerlichen Schichten die borniertesten Auffassungen über Sozialismus, über Sozialisieren und allem, was danach riecht.

Die Wahlen haben trotz der Niederlage die erfreuliche Erscheinung zur Folge, daß die Sozialdemokratische Partei zu einer tief einschneidenden Korrektur ihrer bisherigen Politik getrieben worden ist. Die Arbeiterklasse lehnte die bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition ab. Es ist demnach nur folgerichtig, wenn die S. P. D. die daraus sich ergebende Konsequenz zieht und eine weitere Regierungsbildung mit dem Bürgertum ablehnt. Alles Reden darum ist nur Spiegelgläsererei.

Es mag nun zunächst den Anschein erwecken, als ob das Ausscheiden der S. P. D. aus der Regierung für die Arbeiterbewegung von Nachteil sei, indem die bürgerliche Regierung die noch kümmerlich erhalten gebliebenen Reste der Revolution befeitigen würde. Dies wird jedoch nicht ohne Kampf abgehen und die Arbeiterklasse wird geschlossen für die Erhaltung z. B. des Achtstundentages eintreten. Dem scheinbaren Nachteil wird durch eine klare Kampffront zwischen Bürgertum und Proletariat ein Vorteil entgegengesetzt. Dies ist unendlich wichtiger als alles andere. Die bisherige bürgerlich-sozialistische Regierung konnte in keiner Weise sozialistisch wirken; sie konnte nur kapitalistischen Interessen dienen. Die Folge davon war eine Irreführung der Massen. Die Massen haben durch diese bürgerlich-sozialistische Regierungspolitik den Glauben an den Sozialismus verloren.

Aus diesem Grunde begrüßen wir es, wenn sich die Kampffront des Proletariats gegenüber dem Bürgertum anders gestaltet. Der entscheidende Kampf muß und wird zur Einigung der politischen Arbeiterbewegung viel beitragen. Die Stellung der S. P. D. wird eine andere werden müssen, wenn sie an der Regierung nicht mehr teilnimmt und in die Opposition gegen die Regierung gedrängt wird. Sie wird hierdurch zur Aufgabe ihrer bisherigen Haltung — der des Ausleichs mit dem Bürgertum — gezwungen werden. Der Möglichkeit der Zusammenfassung der politischen Arbeiterorganisationen ist damit besonders gedient.

Die Anstrengungen, die das Bürgertum gemacht hat, um die S. P. D. für eine weitere bürgerlich-sozialistische Regierungskoalition zu gewinnen, zeigen uns mit aller Deutlichkeit, daß das Bürgertum sich aus einem Zusammengehen mit der S. P. D. den größten Erfolg für ihre Politik verspricht. Sie würden die bisherige Politik weitertreiben, die lediglich im Interesse des Kapitals liegt, und dadurch die S. P. D. zum Steigbügelhalter, wie bisher, für ihre Interessen machen. Dort, wo sie den Wählern große Wohlversprechungen gemacht haben, z. B. über Aufhebung der Zwangswirtschaft usw., würden sie den Wählern sagen können, daß sie an der Durchführung ihrer Versprechungen durch die sozialistischen Verbündeten gehindert worden seien. Sie könnten also die Einseitigkeit der Volksmassen ungehindert weiterbetreiben. Nachdem aber nun das Bürgertum allein die Regierung übernommen hat, gut, nun liegt es an ihm — „Zeige, was du kannst!“

Die bevorstehenden Kämpfe zwischen Bürgertum und Proletariat werden zweifellos heftig sein; es werden große Opfer von der Arbeiterklasse gefordert. Aber darauf kann es nicht ankommen. Der Kampf muß geführt werden, koste es, was es wolle. Da eine Möglichkeit nicht besteht, diesem Kampf aus dem Wege zu gehen — den Kampf heute zu führen, ist besser als morgen. Die Wiederaufrichtung des Kapitalismus durch sozialistische Hilfe bedeutet Selbstmord. Suchen wir anstatt des unmöglichen Ausgleichs die Proletariermassen über die Situation aufzuklären und die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit zu erhöhen. Hier müssen die Gewerkschaften wirken. Die Führung des Kampfes fällt in erster Linie den Gewerkschaften zu, da sie über eine geschlossene Organisation verfügen. Sie haben es ebenfalls in der Hand, den Feind dort zu treffen, wo er am verwundbarsten ist. Die Verweigerung der Arbeit muß und wird den Widerstand des Bürgertums brechen. In diesem Kampf werden alle Arbeiter, auch die, welche heute noch in dem Banne der bürgerlichen Parteien stehen, geschlossen handeln. Es hat sich dies bereits gezeigt bei der Matzei und bei dem Generalstreik in den Rapp-Wahltagen. Obwohl die künstlichen Organisationen die Parole an ihre Arbeiter in den verschiedensten Gegenden erlassen hatten, den Generalstreik nicht mit zu unterstützen oder am 1. Mai zu arbeiten, haben die Anhänger der christlichen Gewerkschaften der Parole ihrer Führer nicht Folge geleistet. Sie haben den Kampf mit der sozialistisch denkenden Arbeiterklasse gemeinsam geführt und ihren Führern eine Abzage zuteil werden lassen, die uns zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, die eine einheitliche Kampf-führung der gesamten Arbeiterklasse in den zukünftigen Stürmen verbürgt.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen das Bürgertum wird die Arbeiterklasse zu geschlossenem Handeln zusammenführen. Wir begrüßen daher die reichliche Scheidung zwischen Arbeiter-schaft und Bürgertum. Kein Vorkäuflich und Verleugern der Gegensätze mehr, sondern rücksichtsloser Kampf! Das muß die Parole für die gesamte Arbeiterbewegung sein.

Handelt etwa das Bürgertum anders? Das Marburger Schandurteil liefert uns einen Einblick in die Kampfbegier des Bürgertums. Die Erziehung von Boake zeigt uns ebenfalls mit aller Deutlichkeit, worauf das Bürgertum hinauszielt. Diese Dinge sollten auch endlich denen zu denken geben, die immer noch einem Kollieren mit dem Bürgertum das Wort reden. Aus diesen Zuständen herauszukommen, ist nur durch

entschiedenen Kampf möglich. Diesen Kampf zu formieren, ist Pflicht der Gewerkschaften. Die Nichtbeteiligung der S. P. D. an der Regierungsbildung schafft jedenfalls Klarheit für den Kampf. Solange aber noch eine einheitliche Kampffront der politischen Arbeiterparteien nicht besteht, müssen wir den Gewerkschaften zurufen:

**Gewerkschaften, vor die Front!**

## Kinderzulage!

I.

Man schreibt uns:

In der Nummer 21 des „Textil-Arbeiters“ vom 21. Mai d. J. fordert ein siebenjähriger Familienvater in dem Artikel „Löhne — Preise“ eine Kinderzulage.

Zur Begründung der Forderung macht er Ausführungen über das Verhältnis der Löhne zu den Lebensmittelpreisen und fordert Anlehnung unserer Preise an die Weltmarktpreise.

Die Schriftleitung verpflichtet in einer theoretischen Abhandlung die Forderung und will die Undurchführbarkeit derselben nachweisen. Den Kernpunkt der Sache aber, die geforderte Kinderzulage, streift sie nur mit ein paar Worten. Unsere gegenwärtigen Löhne stehen so, daß zur Not Mann und Frau leben können, d. h. die nötigsten Lebensmittel von dem Verdienst des Mannes beschafft werden können. An Neuananschaffung von Wirtschaftsgegenständen oder Ergänzung der Wäsche ist gar nicht zu denken. Was nun aber, wenn ein Mann vier, fünf oder mehr Mäuler zu stopfen hat? Billigere, geringwertigere Lebensmittel, wie in der Vorkriegszeit, gibt es heute nicht mehr. Heute steht alles, was nur einigermaßen genießbar ist, hoch im Preise.

Nun wird doch niemand behaupten können, daß unsere Lebensmittelpreise so reichlich bemessen sind, daß man nicht alle verbraucht. Und doch können Arbeiterfamilien mit mehreren Kindern nicht mal das zum Leben wichtigste, all das Brot, das ihnen laut Marken zusteht, vom Bäcker holen, trotzdem der Mann ein fleißiger Arbeiter ist.

Wem soll er's nun abziehen? Sich selbst? Dann wird er bald, ist er Akkordarbeiter, hinter den Leistungen seiner Kollegen zurückbleiben, und als Stundenarbeiter bald eine leichtere, aber geringer entlohnte Arbeit annehmen müssen. Daraus folgt, daß er nur noch weniger Brot kaufen kann. Entzieht er's seiner Frau oder den Kindern, so fällt ihr schon geschwächerter Körper ganz bestimmt Krankheiten und dem Siedtum anheim. Dann hat er wieder Arzt- und Apothekerkosten zu tragen.

Mit theoretischen Berechnungen, ob höhere Löhne eine reichere Ernährung bedingen oder nicht, macht man keine Kinder satt. Hier heißt es nur, praktisch durchgreifen; und das kann man nur, wenn man einer mit Kindern besetzten Familie eine höhere Kaufkraft gibt, als sonst gleichgestellten, aber kinderlosen Leuten.

Wenn wir unsere Kinder, die doch unsere ganze Hoffnung für die Zukunft sind, und die doch der Staat zu keinem Fortbestehen braucht, hinsiechen lassen müssen, dann ist ja überhaupt unser ganzes Streben und Wirken eine Utopie, ein Unfinn. Das es aber durchführbar ist, beweisen die staatlichen Betriebe, z. B. die Eisenbahnwerkstätten. Dort bekommt der Arbeiter pro Kind und Stunde 20 Pf. Zulage. Es ist ja nur ein verschwindend kleiner Teil dessen, was die Kinder kosten, aber immerhin eine Hilfe. Was in staatlichen Betrieben möglich ist, muß in privaten auch möglich sein; es muß eben danach kalkuliert werden.

Auf diese Weise muß das höchste Gut eines Volkes, die Kinder, von der Allgemeinheit erhalten werden; und nicht vom einzelnen Mann, der unter der ihm zu schweren Last zusammenbrechen muß.

Raß das Wort vom Kinderschutz Wahrheit werden und nicht nur ein Schlagwort sein! Es ist die allerhöchste Zeit dazu.

Carl Ratusch, Madlow b. Cottbus i. Laus.

## Zum Steuerabzug.

Mit dem 25. Juni trat der Termin in Kraft, von welchem ab allen denen, die in Lohn beschäftigt sind, ein zehnprozentiger Steuerabzug vom Lohn gemacht wird. Das Steuer-gesetz macht den Unternehmer zum Steuerfiskus. Der Arbeiter-schaft wird hierdurch in aller Genauigkeit der letzte Pfennig vom Lohn in Abzug gebracht. Die besitzende Klasse hingegen wird auch in Zukunft alle Minen sprinzen lassen, um den Vater Staat gehörig hinter's Licht zu führen. Dieser Steuerabzug am Lohne der Arbeiter zeigt die Arbeiterfreundlichkeit der früheren sozialistisch-bürgerlichen Regierung in einem ganz besonderen Licht.

## Berichtigung.

Verwollung, nicht Verwaltung muß im vorletzten Absatz des Artikels „Forschungsinstitute für Textilindustrie“ in voriger Nummer die Verdeutschung von Botanikern heißen. Die wörtliche Uebersetzung wäre Verbaumwollung. Da es aber schlecht klingt, sagt man besser Verwollung, welches Wort vielleicht auch das in Frage kommende Verfahren noch besser bezeichnet.

In der Notiz „Kettenhandel mit Malogarn“ muß es statt 185,50 M. 182,50 M. heißen.

## Aus der Textilindustrie.

Der Rückgang der überseeischen Wollpreise. Der Rückgang der Preise für überseeische Wollen hat sich ganz besonders kenntlich bei der vor einiger Zeit in Antwerpen stattgefundenen Versteigerung von australischen Wollen geltend gemacht. Obwohl die Beschaffenheiten nach den vorliegenden Berichten keine schlechten waren und trotzdem auch Käufer erschienen, sind die Notierungen bezüglich der für die gekauften Wollen gezahlten Preise doch 35 Proz., d. h. mehr als ein Drittel niedriger als die auf der am 20. Mai ebenfalls in Antwerpen stattgehabten Versteigerung australischer Wollen. Mit großer Erwartung sieht man der weiteren Fall in Antwerpen stattfindenden neuen Versteigerung entgegen. Bemerkenswert ist, daß von den angebotenen 11 300 Ballen rund 3000 Ballen zurückgezogen werden mußten.

Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes hat auch in der abgelaufenen Woche keine Besserung erfahren. Die weiter wachsenden Preise für Rohstoffe haben die Käufer von Webstoffen aller Art veranlaßt, mit ihren Käufen vollständig zurückzuhalten, so daß die Befürchtung besteht, daß es noch zu weiteren Betriebseinschränkungen, sogar zu Arbeiterentlassungen kommen wird, wenn sich die Lage nicht bald ändert. Andererseits ist aber darauf hinzuweisen, daß die eigentlichen Konsumenten ihren Bedarf schon seit langem zurückgehalten haben, und daß dieser Bedarf wohl spätestens im Herbst in die Erscheinung treten und die Konsumenten zu Anschaffungen veranlassen wird. Demzufolge wird gehofft, daß die Krise im Webstoffgewerbe nur eine vorübergehende sein wird. Wie sich die Preislage selbst gestalten wird, darüber kann selbstverständlich heute noch kein Urteil abgegeben werden.

Aus der internationalen Textilindustrie wird berichtet, daß in Japan nicht nur in der Seidenindustrie, sondern auch in den Wollwebereien und in den Baumwollfabriken erhebliche Betriebseinschränkungen zu verzeichnen sind. Dasselbe trifft auch auf Amerika zu. Dagegen sind nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern auch in allen anderen Staaten mit Wirkwarenfabriken solche noch auf längere Zeit gut beschäftigt. Der Rückschlag der Woll- und Baumwollpreise hat auf die englische Textilindustrie schädigend eingewirkt. Der Geschäftsgang in den skandinavischen Staaten darf noch immerhin als normal bezeichnet werden. Eine wesentliche Veränderung der Geschäftslage in Holland, Frankreich und Belgien hat leithin nicht stattgefunden.

Der Internationale Baumwollkongress in Zürich hat hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Bemerkenswert ist, daß zu diesem Kongress weder die deutschen noch die österreichischen Baumwollfabrikanten zugelassen waren, und es verlautet mit Bestimmtheit, daß eine Wiederzulassung Deutschlands und Oesterreichs zu dem Internationalen Verband der Baumwollfabrikanten erst dann stattfinden wird, wenn der Völkerbund tatsächlich gegründet worden ist.

Die Aussichten der australischen Wollschur sollen außerordentlich günstige sein. Hiermit hängt auch wohl das Zurückgehen der Preise für australische Wollen, abgesehen von der Kaufunlust, zusammen.

Französische Auktion gekämmter Wollen. Die in Nordfrankreich abgehaltene große Versteigerung von Kämmlingen nahm einen außerordentlich flauen Verlauf. Von angebotenen 200 000 Kilogramm mußten 120 000 Kilogramm zurückgezogen werden. Die Preise neigten zur Schwäche. Von deutscher Seite lagen Kaufaufträge nicht vor.

Die Seidenrate der Welt dürfte in diesem Jahr nach den bisher vorliegenden Berichten außerordentlich günstig sein. Aus allen Produktionsländern erwartet man höhere Erträge als im Vorjahr. Es ist natürlich, daß unter diesen Umständen die Nachfrage der Verbraucher zurückgeblieben ist, um so mehr, da sich in der Seidenfabrikation selbst eine wesentliche Abminderung des Geschäftsganges geltend macht. Sowohl die Produzenten wie die Konsumenten warten die weitere Entwicklung der Dinge ab.

Die Notlage in der Plauener Textilindustrie. Unser Verband hatte dort die Textilarbeiter-schaft zusammenberufen, um zu protestieren gegen die angebliche Vergebung von Arbeit nach Oberfranken durch die Fabrikanten-schaft, während die Plauener Textilarbeiter durch das Meer der Arbeitslosen ständig vermehren. Im Anschluß an die Versammlungen bewegten sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach dem Altmarkt, wo dieselben Reden noch einmal gehalten wurden. Dann gingen sie ruhig auseinander. — In der gleichen Angelegenheit hat übrigens der Rat der Stadt Plauen ebenfalls Stellung genommen und nach eingehender Aussprache einstimmig beschlossen, sofort mit dem Arbeitsministerium in Verbindung zu treten und dort zu beantragen, daß umgehend Verhandlungen eingeleitet werden möchten über die erforderlichen Maßnahmen, der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit in der Plauener Sticker- und Spitzenindustrie zu steuern. Dabei soll auch die Frage der Abgabe von Heimarbeit an auswärtige Arbeiterinnen erörtert werden. Der Rat schlägt vor, die Verhandlungen in Plauen stattfinden und dazu Vertreter der Handelskammer, des Rates, des Demobilisationsamtes, der Fabrikantenschnitzergemeinschaft, des Deutschen Textilarbeiterverbandes und naturgemäß des Arbeitsministeriums hinzugezogen werden möchten. Eine Eingabe ist bereits an das Arbeitsministerium abgegangen.

## Aus den Schlichtungsausschüssen.

III das zulässig?

Vor dem Schlichtungsausschuß in Arofeld klagte die Arbeiterin B. gegen die Firma W. Thiel, Schönfärberei und Waschanstalt, auf Wiedereinstellung in Arbeit oder Entschädigung. — Die Firma hatte dem Betriebsrat geklagt, daß ihr Kleider und Wäschestücke, die der Kundschaff gehörten, entwendet wurden und nahm an, daß es durch Beschäftigte geschehen sei. Um sich gegen solche Schädigungen zu schützen, verlangte sie, daß unter Mitwirkung des Betriebsrates Kontrolle der Beschäftigten (Reibevisionen) beim Verlassen des Betriebes eingeführt werde. Der Betriebsrat stimmte zu, da gegen Kontrolle an sich nichts einzuwenden ist. Wie aber die Kontrolle vorzunehmen ist, darum scheint sich der Betriebsrat nicht genug gekümmert zu haben. Die Arbeiterinnen mußten nämlich auf Anordnung des Herrn Thiel sich im Kontrollraum entkleiden, sich halb nackt der Reihe nach aufstellen und sich unterziehen lassen. Die Arbeiterin B. hat sich zwar auch in solcher Weise unterziehen lassen, aber gegen die Art Einspruch erhoben. Vor allem wollte sie nicht in gleicher Reihe so entkleidet neben 14jährigen Mädchen stehen. Herr Thiel nahm den berechtigten Einspruch als Anlaß, die Arbeiterin zu verdächtigen, sie habe schließlich Sachen mit-entwendet. Weil einer ihrer Verwandten zudem eine Abhandlung betriebe, sei sie erst recht verdächtig; er entließ sie fristlos. Der Schlichtungsausschuß sprach sein Urteil dahin aus, daß die Arbeiterin zu unrecht entlassen und wieder einzustellen sei; der entgangene Lohnverdienst ist ihr nachzubahlen. Der Textilarbeiterverband wird bei der Firma Thiel besser nach dem Rechtswege vorgehen, er wird auch dem Betriebsrat Klärung geben müssen, daß er nicht nur Kontrolle mit zu beschließen, sondern auch darauf zu sehen

hat, daß sie nicht in jeder Scham baren Weise gehandhabt wird. Wie aus dem Textilarbeiterbureau uns hierzu noch berichtet wird, ist Thiel eine Firma, mit der man fortgesetzt Scherereien hat wegen Einbaltung der Lohnnarifverträge.

Ein böler Reifall.

Für die Arbeiterschaft der Färberei und chemischen Waschanstalt Rheingold in Bonn (Inhaber Heinrich Engelskirchen) waren 100 Proz. Lohnerhöhung verlangt worden.

Lohnvertrag.

Bei der Färberei und chemischen Waschanstalt Rheingold (Inhaber Heinrich Engelskirchen) erkläre hiermit folgendes:

1. Ich verzichte auf eine Nachzahlung der von mir am 18. Februar 1920 durch den Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen geforderten Lohnnachzahlung ab 1. Januar 1920.

2. Erkläre ich hiermit, daß ich mit dem Wochenlohn von 50 Mk., die mir Herr Engelskirchen heute zugestimmt hat, voll und ganz einverstanden bin.

3. Erkläre ich weiter, daß ich an der Hilfe des oben genannten Verbandes, ferner an den Schiedsrichtern des Schlichtungsausschusses kein Interesse mehr habe, da ich mich mit meinem Arbeitgeber geeinigt habe und dieses auch in Zukunft machen werde.

4. Falls ich dem Vertrag zuwiderhandle, hat Herr Engelskirchen das Recht, mich sofort ohne Kündigung und Auszahlung derselben zu entlassen. Der Vertrag wird durch beiderseitige Unterschrift als geschlossen anerkannt.

Bonn, den 15. März 1920. Unterschrift des Arbeitgebers. Unterschrift des Arbeiters. Dieses Schreiben, dem Schlichtungsausschuß in Bonn vorgelegt, hatte zur Wirkung, daß dieser die vollen geforderten 100 Proz. Lohnerhöhung bewilligte.

Soziale Rundschau.

Die Unfallgefahren der Kinder.

Nach einer Todesfallstatistik der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, Hamburg 5, sind 30 Proz. der Todesursachen bei Kindern auf Unfälle zurückzuführen. Selbst die Schwerindustrie mit ihren großen Unfallgefahren folgt erst in 12. und die Bergarbeiter mit 10 Proz. Auf andere Plätze folgen Todesarten durch Krampe, Schlaganfall, Lungen- und Herzlähmung entfielen auf Kinder sogar 70 Proz. Daraus ergibt sich, daß die ständigen Todesgefahren selbst für blühende Kinder sehr groß sind, die alle Eltern dringend zur Versicherung ihrer Kinder mahnen sollte.

Berichte aus Fachkreisen.

Dülken. In Nr. 25 der christlichen „Textilarbeiter-Zeitung“ wird aus Dülken berichtet: Kollege Hoffmann sprach dann über: Tarif, Lotterie und Beitragswesen. Was er darüber gesagt hat, wird nicht geschrieben. — Was mögen diese Dinge miteinander zu tun haben? Wir denken folgendes: Der Textilarbeiter organisiert sich, zahlt Beiträge an seine Organisation und erwartet, daß es mit Hilfe des Zusammenschlusses aller Textilarbeiter und -arbeiterinnen, das heißt durch die Organisation, gelingen möge, gute Lohnnarife zu schaffen, überhaupt alle Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Textilarbeiterschaft günstig zu gestalten.

Einbed. Am 11. und 17. Juni fanden hier Versammlungen statt, die ziemlich gut besucht waren. Es wurde gewünscht, daß kranke Kollegen und Kolleginnen sich zunächst auf dem Bureau betreffs ärztlicher Behandlung melden sollen. In nächster Zeit soll hier ein Betriebsärztekursus ins Leben gerufen werden. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Betriebsräte am dem Kurzus teilzunehmen sollen. Des weiteren ist beabsichtigt, einen Kurzus für Nationalienographie abzugeben. — Für die Kartell-Delegierten wurden die Diäten auf Antrag von 1 Mk. auf 3 Mk. erhöht, die Delegiertenzahl von 4 auf 8 herabgesetzt. Auf die Anfrage verschiedener Kollegen betreffs der rüstständigen Teuerungszulagen und des in Aussicht stehenden neuen Lohnnarifs versicherte der Vorsitzende, daß die Angelegenheit dem Reichsarbeitsministerium überwiesen worden ist. — Kollegen der Firma Salzmann und Co. befragten sich über Artikel breiterer Ware, die gegenwärtig zweifelhafte gearbeitet werden, wogegen ein Beschluß von früher befaßt, daß Ware einer bestimmten Breite nur einstufig gearbeitet werden soll. Die Sache wurde zwecks Regelung dem Betriebsrat überwiesen. — Bei der Firma Oppermann, Band- und Gurtenfabrik, wird seit Montag, den 14. Juni, mit verzögerter

Arbeitszeit, pro Tag 5 Stunden, gearbeitet. Ob wirklicher Arbeitsmangel vorliegt, entzieht sich unserer Kenntnis.

Grünberg i. Schl. Am 17. Juni tagte hier in der „Deutschen Reichshalle“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Nach Erhebung des Andenkens einer verstorbenen Kollegin wurde der Kartellbericht gegeben. Ihm war zu entnehmen, daß verschiedene Organisationen den Anschluß an das Kartell wünschten. Da nur freigewerkschaftliche Organisationen angeschlossen werden können, kamen nur die Buchbinder in Frage. Die Vorarbeiten zum Gewerkschaftsfest wurden einer Kommission überwiesen. Kollege Stolpe gab einen ausführlichen Bericht von der Betriebsratung, der Geschäftsführer; Kollege Lindner, kurze Aufklärungen über das neue Steuergefeß. Es entspann sich nach dem Vortrag eine lebhaft Debatte und es wurde gewünscht, daß das steuerfreie Einkommen von 1500 Mk. wesentlich heraufgehoben werde. Des weiteren schied Kollege Lindner die jetzt bestehende Krisis in der Textilindustrie, ihre Entstehung und die Folgen. Hinsichtlich der neuen Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge machte Kollege Lindner beachtenswerte Mitteilungen. Ein Protest gegen die neuen niedrigeren Sätze der Erwerbslosenfürsorge ist schon an die maßgebenden Stellen abgegangen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde die Wahl des 1. Vorsitzenden vorgenommen. Gewählt wurde der 1. Geschäftsführer Kollege Lindner. Kollege Burde empfiehlt die Schulung unserer Betriebsräte durch die hiesige Volkshochschule. Ob dies möglich ist, soll erst eine Rücksprache mit dem Leiter derselben ergeben.

Hädeswagen. Samstag, den 19. Juni, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Nach der Vorstandswahl gab Kollege Karl Kürten Bericht über die Brandkonferenz in Barmen. Redner gab die einzelnen Bestimmungen des neuen Lohnnarifs wieder, welche am 30. Juni dieses Jahres in Kraft treten sollen. Kollege Lois Kreher berichtete über die Gesamtkonferenz in Barmen und teilte mit, daß die Verhandlungen über den neuen Lohnnarif in der Arbeitsgemeinschaft bennächtigt beginnen würden. Er ermahnte die Betriebsräte, ihre Rechte und Pflichten besser zu wahren. Kartellleiter Feigordmetz Junke (Lennepe) nahm dann das Wort zu einem Vortrage über die neuen Steuergefeße. Nach diesem dreiviertelstündigen lehrreichen Vortrage fand eine allgemeine Ansprache statt. Der Vorsitzende wies auf die ständig wachsende Arbeitslosigkeit hin. Einzelne Betriebe arbeiten bereits bloß 3 Tage in der Woche, andere Betriebe, so die Papierfabrik in Hammern, haben ihren Arbeitern zum 1. Juli gekündigt. Es werden 200 Arbeiter brotlos. Die Erwerbslosenunterstützung wird bei nur zeitweiser Feiern nicht bezahlt. Wie soll das noch werden? Es wurde beschlossen, an die Stadterordnetenversammlung um Abhilfe heranzutreten.

Landeshut. Massenkundigungen. In einer gut besuchten Betriebsversammlung der Firma Schleifische Textilwerke Methner u. Frahm A. G. am 17. Juni und in einer überfüllten Mitgliederversammlung am 18. Juni beschäftigte man sich mit diesem Gewaltakt gegen die Arbeiterschaft. Alle Versuche, die Kündigungen hinzubalten, waren erfolglos. Geschäftsführer Scholz referierte hierzu. Er mißbilligte die kapitalistische Produktionsweise, die solche Brutalitäten erzeuge und die durch Regierungsverordnungen noch unterstützt werde, wie dies durch die Verordnung vom 25. April 1920 geschehe. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die am 17. und 18. Juni versammelten Textilarbeiter und Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes erheben schärfsten Protest gegen die Massenkündigungen sowie jede Verschlechterung, die dem Proletariat zugebacht ist. Vermittlung von Arbeitskräften als Hausangestellte und landwirtschaftliche Arbeiter darf nur zu menschenwürdigen Verhältnissen erfolgen. Der Zentralvorstand wird ersucht, mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu treten, um mit allen Mitteln gegen die Gewaltaktion der Behörden und Unternehmer anzukämpfen. Den Opfern der Gewaltaktionen ist aus Verbandsmitteln materielle und moralische Hilfe zu gewähren.“

Den örtlichen Vertretern der Arbeiterschaft wird volles Vertrauen entgegengebracht, daß die Interessen der Arbeiter weiter wahrgenommen werden.“

Ueber die Erwerbslosenfürsorge wurde berichtet, daß eine Erweiterung bei der kurzen Arbeitszeit nicht zu erreichen war, weil schon die höchsten zulässigen Fürsorgesätze zugestanden sind. — Die in der Weberslohnmmission vorgebrachten Beschwerden sind nur zum Teil als berechtigt anerkannt worden. Der Beschluß dieser Kommission, daß alle ihre Beschlüsse bindend sein sollen, ist dahin beantwortet worden, daß nur der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes der Bezirksgruppe ein Vetorecht habe. — Die Leitung des hiesigen christlichen Textilarbeiterverbandes glaubt nichts Besseres zu tun zu haben, als sich auf den Kriegspfad gegen unsere tätigen Kollegen zu begeben. In Nr. 22 vom 29. Mai 1920 werden in der Kolleg unter Landeshut i. Schl. die schwersten Beschuldigungen von Terror erhoben. Einer Einladung, sich zwecks dieser Anschuldigungen einzufinden, ist der Ortsgruppenleiter Herr Hanter mit leeren Redensarten ausgewichen. Die Mitgliederversammlung am 18. d. M. entschied nach Unterbreitung der Vorgänge, daß die von christlicher Seite erhobenen Vorwürfe des Terrors nichts weiter als unredliche Anempfehlungen sind, darauf berechnet, daß gewisse Leute an gewissen Stellen beliebt werden. Von Herrn Hanter konnte gesagt werden, daß er in Reichenbach i. Schl. bereit war, in den Deutschen Textilarbeiterverband überzutreten, wenn er — angestellt würde.

Laurenstein. Am 1. Juli übernimmt Laurenstein selbst die Verwaltung der Filiale. Darum, Kollegen und Kolleginnen, heißt es auch, jetzt mitzuarbeiten am Aufbau einer guten und festen Organisation. Nur durch eine gute Organisation kann etwas erreicht werden, nicht aber durch Zersplitterung. Auch gehört zum Aufbau einer guten Organisation, daß die Mitgliederversammlungen stets regelmäßig besucht werden, da diese zur Aufklärung der Mitglieder dienen. Tue jeder auch in dieser Hinsicht seine Pflicht, dann wird es uns auch ein Leichtes sein, unsere Wünsche und Forderungen den Unternehmern gegenüber erfolgreich zu vertreten. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, abends 8 Uhr, bei Herrn Lochstedt statt.

Flauen i. S. Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte für Donnerstag 24. Juni, zwei große Versammlungen einberufen. Das Thema in den Versammlungen lautete: „Wie stellen wir uns zur Vergabung der Arbeit von den Fabrikanten nach Oberfranken und anderen Gebieten, während die Flauen Textilarbeiter das Heer von Arbeitslosen dauernd vermehren?“ Kollege Sahn führte aus, auch der Rat unserer Stadt habe in seiner Sitzung am Donnerstag vormittag dazu Stellung genommen. Einem Rundschreiben zufolge beschäftigen die Fabrikanten den jetzt geltenden Tarif außer Kraft zu setzen und die Arbeitsverhältnisse zu künden. In Flauen brauchte aber keine Arbeiterin der Textilindustrie brotlos zu sein, wenn sämtliche vorhandene Arbeit hier angefertigt und nicht nach Oberfranken und andere Gebiete gegeben würde. Es gelte, der Behörde und dem Unternehmern zu zeigen, daß die Flauen Textilarbeiterschaft damit nicht einverstanden sei und der etwa folgenden Kampfsprache ruhig entgegensehen würde. In einer Entschließung wurde Widerspruch gegen die Entlassungen erhoben, während die Arbeit nach Oberfranken gegeben werde, weil dadurch die Unternehmer die Stadt dem finanziellen Zusammenbruch ausliefern. Von den zuständigen Stellen wurde eine Unterbindung der Vergabung der Arbeit nach auswärts gefordert und weiter die Erwartung ausgesprochen, daß die Erwerbslosenunterstützung nicht abgebaut, sondern auf eine höhere Stufe gebracht würde. Im Anschluß an die Versammlung bewegten sich die Teilnehmer in geschlossenen Rügen nach dem Altmarkt. Dort sprach

vom König Albertdenmal aus der Gewerkschaftsbeamte Sahn, der sich als Veranstalter der Demonstration bekannte und weiter ausführte, daß es notwendig erscheine, auch von dieser Stelle aus der „reaktionären“ Behörde und den „Ausbeutern“ zu zeigen, daß die Arbeiterschaft sich die gegenwärtigen Zustände nicht gefallen lasse. — In der Sitzung des Rates wurde beschlossen, bezüglich der Frage der Abgabe der Heimarbeit an auswärtige Arbeiterinnen in Verhandlungen mit der Handelskammer des Demobilisierungsausschusses, der Fabrikantenschutzgemeinschaft, des Deutschen Textilarbeiterverbandes und des Arbeitsministeriums einzutreten. Wir werden in nächster Nr. noch eingehender berichten; wegen Raummangels war es heute noch nicht möglich. (D. A.)

Bieren. Die massenhaften Heberitte aus dem christlichen Textilarbeiterverbande zu uns im letzten Jahre macht den christlichen begreiflicherweise Kopfschmerzen. Und um unseren Verband in Mißkredit und den eigenen wieder zu mehr Ansehen zu bringen, verbreitet man jetzt die Mär, daß unsere Mitglieder nicht die beratenden Beiträge zahlten. Umgekehrt wird aber eher ein Schuß daran. Arme Christen! Unsere Vertrauensleute haben nur die Marken in Händen, die den beiderseitigen Verabredungen über die Beiträge entsprechen. Wie ist es aber bei Euch? Eine Kollegin trat vor kurzem aus dem christlichen Verbande zu uns über mit der Bemerkung: Wenn ich in der christlichen Organisation die höheren Beiträge zahlen soll, dann trete ich aus und gehe in die Organisation, welche meine Interessen am besten vertritt, und das ist der Verband, der über eine halbe Million Mitglieder zählt. Zwingt solche Bemerkung nicht zu der Annahme, daß die Vereinbarung von den Christen oft umgangen wird. — Daß man zu uns immer mehr Vertrauen gewinnt, beweisen ja auch die Betriebsrätebewähler, bei denen die Christen hier so „glanzvoll“ abschnitten.

Quittung.

Für die 2430 Mk. von der Neuhäuser Kollegenschaft zur Unterstützung der Streikenden in Kuchin sprechen wir hiermit unsern besten Dank aus. J. A.: Max Massfuh, Vorsitzender der Filiale Göttingen.

Bekanntmachungen.

Advertisement section containing various notices, including board members (Vorstand), address changes (Adressenänderungen), and local administration (Ortsverwaltungen) for various towns like Dülken, Laurenstein, and Flauen.